

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorkasse 1,50 RM. wöchentlich 30 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Postträger und Geschäftsstellen nehmen an jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle besonderer Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Postkarte beiliegt.



Einzelgenosse: Die 8er- und 16er-Kassette 20 Pf., die 4er-Kassette 10 Pf. Die 4er-Kassette enthält 40 Reichspennungen, die 8er-Kassette 80 Reichspennungen, die 16er-Kassette 160 Reichspennungen. Die 4er-Kassette enthält 40 Reichspennungen, die 8er-Kassette 80 Reichspennungen, die 16er-Kassette 160 Reichspennungen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 124 — 91. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Volkshd.: Dresden 2640      Montag, den 30. Mai 1932

## „Blut, Geschichte und Geographie.“

Selbstverständlich haben es die chauvinistischen Zeitungen in Frankreich höchst übel vermerkt, daß der neue österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß dem Reichskanzler Dr. Brüning ein Begrüßungstelegramm geschickt hat. Das ist übrigens bisher immer geschehen, wenn in Österreich oder Deutschland ein Regierungswechsel stattfand. Der „Temps“ produzierte natürlich sofort einige bissige Bemerkungen, als nun auch Dr. Dollfuß an diesem Gebrauch festhielt und damit darzutun wollte, daß Österreich trotz seiner finanziellen Finanz- und Währungsnot doch nicht die allerersten Rechte seiner politischen Selbständigkeit aufzugeben willens ist.

Eine spätere Zeit wird wohl den Kopf schütteln über dieses hartnäckige Widerstreben Frankreichs gegen ein Zusammengehen der beiden rein deutschen Länder Österreich und Deutschland; auch die anderen Nachfolgestaaten passen ja eifrig auf, daß dem Verbot des Zusammenschlusses nicht irgendwie zuwidergehandelt wird. Bei dieser „weltpolitischen“ Frage muß man sich von allem anderen absehen — doch auch einmal vor Augen halten, daß es sich hier um ganze 6,5 Millionen Deutsche handelt, die nun mit aller Gewalt von den 85 Millionen Deutschen im Reich ferngehalten werden sollen. Und nur um ein Sechstel seiner Bodenfläche würde das geine Deutsche Reich größer werden, wenn Österreich wieder zu uns kommen würde, nachdem es 1918 den vergeblichen Versuch dazu gemacht hatte.

Der neue Bundeskanzler Dr. Dollfuß, dessen parlamentarische Grundlage im Nationalrat nur aus der rechten und den Christlich-Sozialen besteht, während die großdeutsche Gruppe Dr. Schöners im Kabinett nicht vertreten ist, hat aber in seiner Regierungserklärung noch einen Schritt weiter getan. Österreich habe im Februar an die europäischen Großmächte einen dringenden Hilfsruf abgeleitet, der eine unmittelbare wirtschaftspolitische Unterstützung des Donaufaates verlangte. Der einzige Staat, der mit einem solchen Vorschlag unmittelbarer Hilfeleistung — durch weitgehende Zollbegünstigung — sofort an die Wiener Regierung herantrat, war Deutschland, während Herr Tardieu plötzlich mit seiner Idee einer künftigen Donaufaatsföderation die Welt überraschte. Bekanntlich ist aus diesem Plan bisher überhaupt nichts geworden, so wenig wie bisher auch aus der finanziellen Hilfeleistung für Österreich. Auch jetzt wieder hat darum der neue Bundeskanzler erklärt, in kürzester Frist zu einer „einschneidenden Selbsthilfe“ greifen zu müssen — also zu einer Zahlungseinstellung für den Zinsendienst der ausländischen Anleihen und Kredite Österreichs — wenn die Wiener Regierung nicht zu einer gütlichen Einigung mit diesen Auslandsgläubigern gelangen könne. Dieses Transferratorium ist schon vor einigen Tagen angekündigt worden. Allerdings beginnt gerade eine besondere Kommission des Völkerbundes jetzt mit der Verhandlung über die österreichische Finanzkatastrophe, aber allerdings ist der Schritt von Verhandlungen zu Beschlüssen oder gar Taten so groß und so — schwer wie in Genf. Hinzukommt außerdem noch, daß die bevorstehende Lausanner Konferenz einen halb willkommenen Grund für die Vertagung aller „Rebenfragen“ hergeben kann.

Trotz dieser furchtbaren Situation, die Österreich zum Witwenweiser vor dem Völkerbund, also vor allem Frankreich gegenüber macht, hat der Bundeskanzler Dr. Dollfuß in seiner Regierungserklärung den Satz zu sprechen „gewagt“, die Welt werde es verstehen, daß Österreich sich als selbständiger deutscher Staat, bedingt durch Blut, Geschichte und Geographie, der engsten Verbundenheit und Freundschaft mit Deutschland bewußt sei, die berechtigt und verpflichte. Möglicherweise wird diese Erklärung dem neuen Bundeskanzler in Paris noch mehr verübelt werden als sein Begrüßungstelegramm an den deutschen Reichskanzler. Daß Deutschland selbst alles in seinen Kräften Stehende tun wird, um Österreich in seinen Schwierigkeiten zu helfen, — dazu verpflichtet uns Blut, Geschichte und Geographie.

## Brüning über die Arbeitsbeschaffung.

Das Jahressabatté des Vereins der ausländischen Presse in Berlin. Der Verein der ausländischen Presse in Berlin veranstaltete sein Jahressabatté, zu dem außer den Vertretern der internationalen Presse zahlreiche hohe Diplomaten und Vertreter der Reichsregierung und der Behörden erschienen waren. Der Vorsitzende, Max Wlotzky, brachte zu Beginn seiner Begrüßungsansprache Hochs auf den Reichspräsidenten und die Staatsoberhäupter der bei dem Vorkriegszeiten Nationen aus. Wlotzky wandte sich dann an den Reichskanzler, dem er besonderen Dank für sein Erscheinen aussprach. Das Amt eines deutschen Reichskanzlers sei in diesen Zeiten wohl eines der schwersten und undankbarsten. Aber die Kritiker mögen bedenken, daß der große Wilhelm Busch, dessen 100. Geburtstag die Welt feiern gelernt habe, heute ana sicher arbeitslos

## Gesamtrücktritt der Reichsregierung.

Berlin. Beim heutigen Empfang beim Reichspräsidenten hat der Reichskanzler Dr. Brüning den Gesamtrücktritt der Reichsregierung überreicht. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch angenommen.

## Hindenburg in Berlin.

Der Reichspräsident empfängt den Kanzler. Der Reichspräsident von Hindenburg traf am Sonntag morgen mit dem fahrplanmäßigen Zuge wieder in Berlin ein. Er begab sich sofort in das Reichspräsidentenpalais. Um 11 Uhr empfing er den Reichskanzler zu einer Aussprache über die gesamtpolitische



Hindenburg wieder in Berlin.

Sage. Die Aussprache fand unter vier Augen statt. Sie wird am Montag um 12 Uhr fortgesetzt werden.

Die amtliche Mitteilung über die Aussprache Hindenburg-Brüning.

Über die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler wurde leblich folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Reichspräsident von Hindenburg empfing Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die gesamte politische Lage. Der Vortrag wird Montag 12 Uhr fortgesetzt.“

haben würde: „Kanzler fürzen ist nicht schwer, Kanzler sein dagegen sehr!“

Rumtius Orsenigo als Dohent des Diplomatischen Korps, der darauf das Wort ergriff, stellte fest, daß seit langem auf allen noch so christlichen Bestrebungen der Postitler und Diplomaten, das Völkerleben in seinen normalen Abfluss zu bringen, eine verhängnisvolle Unfruchtbarkeit lafe, weil es an der Atmosphäre internationalen Wohlwollens fehle, d. h. an jener Liebe unter den Völkern, die sehr wohl neben einer aufrichtigen Vaterlandsliebe bestehen könne. In diesem Zusammenhang richtete der Rumtius an die internationale Presse einen starken Appell, einen „Arenzzug“ im Dienste des internationalen Wohlwollens zu führen, den die gegenwärtige Stunde verlanee, damit die Nationen lernen, sich mehr zu achten, um sich besser zu verstehen, sich mehr zu lieben, um sich dann gegenseitig zu helfen.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm hierauf das Wort. Er führte u. a. aus: Ich bin Ihrer freundlichen Einladung als Außenminister gefolgt, möchte aber diesmal nicht zu den Problemen der Außenpolitik, über die ich längst ausführlich gesprochen habe, sondern als Reichskanzler zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen. Das fundamentale Problem, das uns — fast wörtlich genommen — Tag und Nacht beschäftigt, ist

## Die parlamentarischen Arbeiten der Woche.

Die parlamentarischen Arbeiten im Reichstag wie im Preussischen Landtag nehmen ihren Fortgang. Am Dienstag treten der Haushalts- und der Steueraussschuß des Reichstags zusammen. Am Abend findet dann die mit Spannung erwartete Zusammenkunft des Ältestenrats statt, in der die Frage der Wiederberufung des Reichstags ausgiebig erörtert werden wird. Ob der Reichstag zu dem von dem Präsidenten seinerzeit in Aussicht genommenen Termin des 6. Juni, für den sich die Oppositionsparteien mit aller Entschiedenheit einsetzen werden, einberufen wird, steht noch dahin. Im Sozialpolitischen Ausschuss wird am Mittwoch die Kleinrentenerfürsorge behandelt werden. Dem Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen liegen weit über 100 Eingaben zur Erledigung vor, die in drei Sitzungen beraten werden sollen. Auch die Ausschüsse des Reichsrats werden im Laufe der Woche die Vorberatung des neuen Reichshaushalts aufnehmen.

Die nächste, dritte Vollsitzung des Preussischen Landtags findet am Mittwoch um 14 Uhr statt. Vorher wird der Ältestenrat noch einmal die Saalstraße behandeln und sich darüber schlüssig werden, in welcher Form die in Aussicht genommenen Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen für die Zukunft zu treffen sind. Zur Sicherung der Ordnung im Gebäude des Preussischen Landtags hat der neue Landtagspräsident fertigt eine Reihe von Anordnungen getroffen, die für die Zeit vom Mittwoch bis Sonnabend nächster Woche Geltung haben sollen. Für diese Tage erhalten Personen, die ohne Landtagsausweis sind und Abgeordnete sprechen wollen, keinen Eintritt in den Landtag. Die Abgeordneten sind gebeten worden, in dieser Zeit Besucher nicht einzuführen. An sämtlichen Eingängen wird im übrigen strengste Kontrolle durchgeführt werden.

## Die Notverordnung noch nicht fertig.

Entgegen der allgemeinen Erwartung fand am Sonnabend keine Kabinettsitzung statt. Die Beratungen über die Notverordnung wurden nicht abgeschlossen. Sie sollen erst nach der Besprechung des Reichspräsidenten mit Dr. Brüning fortgesetzt werden.

## Das Problem der Arbeitslosen.

Eine neue Plage der Menschheit, auf in der ganzen Welt, aber von einer geradezu unheimlich drückenden Schwere in Deutschland. 6 000 000 Arbeitslose, deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen trifft, also rund ein Fünftel unseres Volkes! Unter diesen sechs Millionen Arbeitslosen zwei Millionen, also ein Drittel unter 25 Jahren. Von diesen zwei Millionen ist eine Million unter 21 Jahren. Eine Million junger Menschen also, die das Leben vor sich haben, ohne eine Arbeitsstätte zu finden; Menschen, denen sich in dem Augenblick, wo sie der Kindheit entwachsen, den- und handlungsfähig sind, keine Arbeitsstätte bietet, und denen sich in ihrem Lebenslauf unübersehbares Hindernis entgegenstellt.

Nicht die Nahrungsmittel sind es, die fehlen. Im Gegenteil: Die Inangriffnahme der Urbarmachung immer weiterer, immer größerer Strecken bisher unbauten Landes, die gewaltigen Fortschritte der Chemie und der Technik sind eine Gewähr dafür, daß die Menschheit auch bei rapidem Wachstum nicht Not zu leiden braucht. Es ist ja bekannt, daß die Rohstoffländer nicht wissen, wo sie mit ihren sonstigen Naturerzeugnissen hin sollen. Sie erstickten im Überfluß hieran, da die mangelnde Kauf- und Konsumkraft anderer Teile des Erdballs auch zu unwahrscheinlich niedrigen Preisen nicht in der Lage ist, sie anzunehmen.

Ebenso wichtig ist neben der Frage der Nahrungsversorgung die Frage der Arbeitsbeschaffung und des